

KOSOVO-KONFLIKT

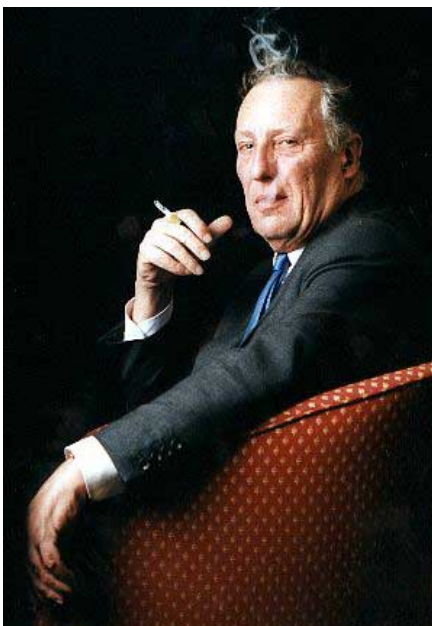
Drohung aus Moskau

In der Brüsseler Nato-Zentrale wird nicht mehr mit einem Ischnellen Militärschlag im Kosovo gerechnet. Seit die Befreiungsarmee UCK der Kosovo-Albaner an Stärke gewinnt, ist die Bereitschaft Moskaus weiter gesunken, der Nato grünes Licht für Angriffe gegen serbische Kräfte zu geben. Ein Einsatz ohne russische Duldung gilt inzwischen als unwahrscheinlich. In diesem Fall, so Rußlands Außenminister Jewgenji Primakow zu seinem Bonner Kollegen Klaus Kinkel, werde Moskau die gesamte Kooperation mit der Nato einstellen, die seit Ende des Kalten Krieges entwickelt wurde – vom Nato-Rußland-Rat bis zur „Partnerschaft für den Frieden“. Unterdessen haben verschiedene Menschenrechtsorganisationen die Abschiebung von Kosovo-Albanern durch deutsche Behörden kritisiert. Das Bundesinnenministerium wehrt sich mit dem Hinweis, daß die Albaner nicht in die Unruhe-Provinz Kosovo, sondern ins „sichere Belgrad“ abgeschoben würden. Doch auch das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen betont, „eine Rückkehr abgelehnter Asylsuchender bringe Sicherheitsrisiken mit



Kosovo-Albaner im Militäreinsatz

sich“. Zudem ist das von der EU vorige Woche beschlossene Embargo gegen die jugoslawische Fluglinie JAT in Deutschland noch nicht in Kraft. Nach wie vor erhält die JAT nicht nur Start- und Landegenehmigungen, sondern kann von den Ländern auch gechartert werden, um Flüchtlinge abzuschieben.



G. SMITH / GAMMA / STUDIO X

Forsyth

EUROPA

Keine Alternative

Der britische Bestseller-Autor Frederick Forsyth, 59, über sein Engagement gegen den Euro

SPIEGEL: Mr. Forsyth, Sie treten bei einer Podiumsdiskussion des Bundes Freier Bürger des ehemaligen FDP-Politikers Manfred Brunner auf, die vor den Gefahren des Euro warnt. Warum macht ein Brite Wahlkampf für einen Mann, der sich gern als „Retter der Deutschen Mark“ feiern läßt?

Forsyth: Ich habe weder die Pflicht noch das Recht, die Deutschen darüber zu belehren, was in ihrem Land geschehen soll. Herr Brunner hat mich nur gebeten, aus britischer Sicht die Frage zu beantworten: Warum sollen wir eigentlich unsere nationalen Währungen aufgeben? Also spreche ich darüber, daß weder für Briten noch für Deutsche die Notwendigkeit besteht, sich von ihren Währungen zu verabschieden.

SPIEGEL: Stört es Sie nicht, daß diese Partei sich um Wähler auf der äußersten Rechten bemüht, daß sie fremdenfeindliche Parolen verbreitet und nationalistische Tendenzen fördert?

Forsyth: Für jemanden wie Gerhard Frey und seine DVU würde ich niemals Wahlkampf machen. Aber es gibt in Deutschland die einzigartige Situation, daß die beiden wichtigsten Parteien in der grundsätzlichen Frage der letzten 50 Jahre keine Alternative bieten. Herr Brunner mag ein Nationalist sein, ein Neonazi oder Neofaschist ist er nicht.

SPIEGEL: Aber einige in der Bürger-Partei behaupten, die wahren Nazis säßen heute in Brüssel.

Forsyth: Nazis ist sicher nicht das richtige Wort. Es geht um zwei völlig verschiedene Regierungssysteme: Die Demokratie, die bei uns und in Deutschland herrscht, ist eine Regierung der *Staatsdiener*. Sie wird abgelöst durch eine Regierung der *Staatsmeister*: Bürokraten in Brüssel, Richter in Luxemburg, Bankiers in Frankfurt werden uns dann regieren. Demokratische Wahlen verkommen zum amüsanten Zeitvertreib ohne Bedeutung.

REAKTORSICHERHEIT

Warnung der Natur

Das schwere Beben, das Ende vergangener Woche Teile der südtürkischen Mittelmeerküste verwüstete, dämpft die Hoffnungen von Siemens auf den ersten Auslandsauftrag für ein Atomkraftwerk seit fast 20 Jahren. Der vorgesehene Standort Akkuyu liegt nur gut 100 Kilometer entfernt vom Epizentrum des Erdstoßes, der auf der Richterskala die Stärke 6,3 erreichte.

Türkische Kritiker, die schon seit Jahren gegen die Kraftwerkspläne in einer der seismisch unruhigsten Zonen des Landes zu Felde ziehen, verlangen nun, „die Warnungen der Natur ernst zu nehmen“. Auch bisherige Befürworter des Projekts in der Türkei zeigen sich beunruhigt.

Noch in diesem Sommer will die Regierung in Ankara entscheiden, ob Nuclear Power International, eine Tochter der deutsch-französischen Partner Siemens und Framatome, den Zuschlag für den 1300-Megawatt-Reaktor erhält. Mit im Rennen um das erste türkische Atomkraftwerk sind die US-Firma Westinghouse und AECL aus Kanada.

Siemens rechnete sich bisher gute Chancen aus, wieder einen Meiler ins Ausland liefern zu können. Das verheerende Beben ändere daran „eigentlich gar nichts“, erklärte ein Firmensprecher. Der geplante Meiler, eine Fortentwicklung der zuletzt in Deutschland errichteten Konvoi-Klasse, sei auf Erdbebenstärken von „über acht“ ausgelegt.